

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verordnungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Poststellen entgegen. — Erhalten wertigste. — Preis pro Anzeiger Nr. 23.

Verordnungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Poststellen entgegen. — Erhalten wertigste. — Preis pro Anzeiger Nr. 23.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 154

Mittwoch, den 4. Juli 1928

23. Jahrgang

Die neue Regierung vor dem Reichstag

Berlin, 2. Juli. Am Dienstag nachmittag wird Reichskanzler Müller sein Kabinett dem Reichstag mit einer programmatischen Erklärung vorstellen. Die neuen Mitglieder werden mit Ausnahme Stresemanns vollständig an der Sitzung teilnehmen. Die Regierungserklärung ist entgegen den ursprünglichen Absichten sehr ausführlich und dürfte fast eine Stunde in Anspruch nehmen. Sie wird fast alle jene politischen Fragen berühren, die schon bei den interfraktionellen Besprechungen über die Regierungsbildung eine Rolle gespielt haben. Am Mittwoch wird dann die große politische Aussprache beginnen, um voraussichtlich erst am Freitag geschlossen zu werden. Es werden dabei zwei Rednergarnituren zu Worte kommen.

Danach wird zunächst eine Pause von drei bis vier Tagen in den Plenarsitzungen eintreten, während deren die Ausschüsse sich mit den Aufgaben beschäftigen werden, die ihnen der Reichstag noch als dringlich überweisen wird. So wird der Rechtsausschuss bereits am Mittwoch die Amnestieanträge in Beratung nehmen. Die Amnestievorlage dürfte als erstes Gesetzgebungsstück nach der politischen Aussprache noch vor den Sommerferien, die von Mitte Juli bis zum Herbst dauern, verabschiedet werden. Die neue Regierung will aber auch alsbald die Vorlage vor den Reichstag bringen, durch die im Sinne der Beschlüsse des Reichsrates der 11. August — der Tag der Weimarer Verfassung — zum Nationalfeiertag gemacht werden soll.

Die Erklärung der neuen Regierung wird auch, wie das Nachrichtenbüro des B.D. weiter hört, zu dem Verlangen der Parteien nach Senkung der Steuern Stellung nehmen. Die Frage der Lohnsteuer dürfte dabei als vorbringlich anerkannt werden. Die sozialdemokratische Fraktion hatte bekanntlich während der Regierungsbildung die sofortige Senkung der Lohnsteuer verlangt. Ob und in welchem Umfange diesem Verlangen Rechnung getragen wird, hängt zu einem großen Teil von der Stellung der übrigen Regierungsparteien und des Reichsrats ab. Die Prüfung des Ertrages der Lohnsteuer im Reichsfinanzministerium hat ergeben, daß mit nicht unerheblichen Mehreinnahmen gerechnet werden kann. Infolgedessen ist anzunehmen, daß die Regierung zu dieser Senkung der Lohnsteuer bereit ist. Dagegen dürfte der Reichsrat Bedenken erheben, wie das schon bei der letzten Lohnsteuererhöhung im Dezember 1927 der Fall war. Diese Bedenken gehen aus der Tatsache hervor, daß 75 Prozent der Einkommensteuer Wärdern und Gemeinden zufließen.

Fertigstellung der Regierungserklärung.

Berlin, 2. Juli. Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung die Regierungserklärung fertiggestellt. Heute um 11 Uhr ist das Kabinett nochmals zu einer letzten reaktionellen Ueberarbeitung zusammengetreten.

Das neue Reichskabinett ist sich gestern über die Regierungserklärung einig geworden. Die Entscheidung, ob das Kabinett sich mit der Billigungsformel begnügen oder ein Vertrauensvotum verlangen wird, wird jedoch, dem „Auer Tageblatt“ zufolge, erst heute fallen da die Fraktionen zu dieser Frage Stellung nehmen müssen. Die Regierungserklärung dürfte, nach dem genannten Blatt, auch an den Problemen der Vereinheitlichung des Verwaltungs- und Verfassungsrechtes nicht vorübergehen. Dabei ist vielleicht an die Vereinheitlichung des Staatsrechtes und an die einheitliche Vorbildung der Beamten, Richter und Rechtsanwältel gedacht. Aus dieser einheitlichen Vorbildung ergibt sich eine erhöhte Freizügigkeit. Auch die Frage der Reichsangehörigkeit dürfte eine Rolle spielen. In der Schulfrage war das Problem, eine Formel zu finden. Eine ernsthafte gesetzliche Lösung des Schulkonfliktes scheint für absehbare Zeit aus.

Die außenpolitischen Ausführungen werden sich insbesondere auf die Frage der Räumung der besetzten Gebiete, die Reparationsfrage und den Kellogg'schen Kriegsdächungsvorschlag beziehen.

Der „Vorwärts“ gibt einer längeren Mitteilung des Sozialdemokratischen Pressebüros über die Regierungserklärung Raum. Es wird darin u. a. gesagt: Die Fragen der auswärtigen Politik, der Sozialpolitik, der Landwirtschaft, des Mittelstandes, der Finanzen und Steuern werden eine recht ausführliche Behandlung finden. Es wird gesprochen werden von der Reform der Staatsverwaltung, der Abänderung des Wahlsystems im Sinne einer Verkleinerung der Kreise unter Aufrechterhaltung des Verhältniswahlrechts. Die Vorlegung des vom Reichsrat verabschiedeten Gesetzentwurfes über den Nationalfeiertag wird angekündigt. Der Reichsrat wird die Vorlegung des Gesetzes über die

Ausdrück gebracht. Schließlich wird auch mit der durch die Verhältnisse gebotenen Rücksicht ein mit den Grundgedanken der Verfassung im Einklang stehendes Schulgesetz in Aussicht gestellt, wobei sich freilich wohl alle Beteiligten darüber im Klaren sind, daß es gute Weile haben wird, bis eine solche Vorlage an das Parlament gelangt. Die Regierung betrachtet sich nicht als ein Provisorium oder als ein Kabinett auf Abbruch. Sie ist entschlossen, zu leben und lange zu leben. Sie setzt sich Ziele, die nur erreicht werden, wenn ihrem Dasein eine verhältnismäßig lange Frist gegeben wird. Das hindert natürlich nicht, daß sie an der Arbeit festhält, zu gegebener Zeit ihre Grundlage durch eine festere und nach außen in die Erscheinung tretende Verpflichtung derjenigen Parteien zu verstärken, die sich heute noch nicht als eigentlich „gebunden“ betrachten. Die Regierung muß das Vertrauen des Reichstages haben, ob sie dabei auf dem Wort „Vertrauen“ besteht, oder ob sie sich mit einer Billigung ihrer Erklärung zufriedengibt, ist für die Praxis von verhältnismäßig untergeordnetem Belang. Billigung wie Vertrauen öffnet den Weg zur Aufnahme der eigentlichen Regierungstätigkeit.

Berlin, 2. Juli. Der Ältestenrat des Reichstages wird sich am Dienstag mittag 12 Uhr erneut mit der Geschäftsfrage des Reichstages befassen. Sämtliche Reichstagsfraktionen haben für Dienstag Fraktionsitzungen einberufen.

Amtsantritt des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft.

Berlin, 2. Juni 1928. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft verabschiedete sich heute Reichsminister Schiele von seinen Beamten mit warmen Worten des Dankes für die treue und vertrauensvolle Mitarbeit. Er sprach dabei die Erwartung aus, daß die im letzten Jahre zum Zwecke der Sanierung und Förderung der deutschen Landwirtschaft geschaffenen Grundlagen von dauerndem Werte seien und von seinem Nachfolger, mit dem er in Bezug auf die Fragen der Landwirtschaft, wenn auch nicht in allen Einzelheiten, so doch in den Zielen übereinstimme, weiter ausgebaut würden.

Gleichzeitig trat der neue Reichsminister Dietrich-Baden sein Amt an. Er führte sich ein mit einer kurzen Ansprache, in der er die Bedeutung der Landwirtschaft für unsere Volkswirtschaft, Volksernährung und Volkstum hervorhob und darauf hinwies, daß er als mehrjähriger parlamentarischer Berichterstatter für den Etat des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft mit der hier in Frage stehenden Materie weitgehendst vertraut und daß ihm nach 20jähriger Tätigkeit als Staats- und Kommunalbeamter auch die formelle Abwicklung der Geschäfte keineswegs fremd sei. Er werde auf der von seinem Amtsvorgänger geschaffenen Grundlage aufbauen und hoffe, daß er bei Durchführung der ihm gestellten schwierigen Aufgaben das Vertrauen der deutschen Landwirtschaft finden werde. Die Beamtenschaft des Ministeriums bitte er um vertrauensvolle Unterstützung und Mitarbeit. Staatssekretär Dr. Hoffmann hob die Verdienste des scheidenden Ministers Schiele um die deutsche Landwirtschaft hervor und begrüßte den neuen Minister im Namen der Beamtenschaft.

Steuersenkungsantrag der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 2. Juli. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat dem Reichstag einen Antrag zugehen lassen, der einen neuen Einkommensteuertarif verlangt in dem folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden sollen: 1. Bei Lohnsteuerverpflichtigten und bei den zu veranlagenden Steuerpflichtigen mit einem 8000 RM nicht übersteigenden Einkommen soll eine durchschnittlich 20prozentige Senkung des Steuerbetrages eintreten. 2. Bei Steuerpflichtigen mit einem zwischen 8000 und 40 000 RM liegenden Einkommen soll eine Senkung von 15—20 Prozent eintreten. 3. Bei den höheren Einkommen soll die Grenze der Belastung 33 1/2 Prozent nicht übersteigen. 4. Der Eingangsteuerzuschlag von 10 Prozent ist beizubehalten.

Berlin, 2. Juli. Ueber das Ergebnis der im Rechnungsjahr 1927 im Reich vorgenommenen Buch- und Betriebsprüfungen ist dem Reichstag jetzt von dem früheren Reichsfinanzminister Dr. Köhler eine Darstellung zugegangen, aus der sich ergibt, daß infolge dieser Prüfungen an Steuern und Geldstrafen ein Gesamtbeitrag von rund 125 Millionen RM der Reichskasse mehr zugeflossen ist. Die Mehrsumme beträgt bei den Reichsteuern insgesamt 106 984 908 RM, bei Landes-, Kirchen- und sonstigen Steuern 14 980 410 RM, bei Geldstrafen 4 000 000 RM. Es handelt sich dabei nicht etwa

ausschließlich um Steuerhinterziehungen, vielmehr kommen in diesen Zahlen auch Ergebnisse zum Ausdruck, die aus der abweichenden Beurteilung von Bewertungsfragen, Abschreibungsgebühren und dergleichen herühren.

Ein demokratischer Antrag.

Berlin, 2. Juli. Die demokratische Reichstagsfraktion ersucht in einem Antrag die Regierung, dafür Sorge zu tragen, daß in den Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn auch ein Vertreter der deutschen Bauernschaft und ein Vertreter des Handwerks entsandt werden.

Aus dem Rechtsausschuß.

Berlin, 2. Juli. Der Rechtsausschuß des Reichstages ist für Dienstag, den 3. Juli, zu seiner ersten Sitzung einberufen worden. In dieser Sitzung wird der Ausschuss nur seinen Vorsitzenden wählen. Voraussichtlich wird wieder Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) den Vorsitz übernehmen. Die nächste Ausschusssitzung findet dann Mittwoch vormittag statt. Auf der Tagesordnung steht die Amnestiefrage.

Die Arbeiten des Reichswirtschaftsrates.

Berlin, 2. Juli. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat veröffentlicht heute eine Uebersicht über die ihm zurzeit vorliegenden Arbeiten. Danach beschäftigt sich der wirtschaftspolitische Ausschuss mit einem von dem Industriellen C. F. Stenem eingereichten Initiativantrag betreffend Behandlung der wichtigen Fragen unseres binnenländischen Verkehrs vom Standpunkt des volkswirtschaftlichen Interesses und mit einem vom Reichswirtschaftsminister erbetenen Gutachten über die Föhrung des Meistertitels. Dem sozialpolitischen Ausschuss liegen Entwürfe eines Arbeitschutz- und eines Berufsausbildungs-gesetzes zur Begutachtung vor.

Die Fraktionsitzung der D. N. V. P.

Berlin, 2. Juli. Von der Deutschnationalen Volkspartei wird folgendes Communiqué ausgegeben: Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hielt am Montag, den 2. Juli vormittags eine Sitzung ab, die bis in den späten Nachmittag währte. Gegenstand der Erörterung im Verlauf der politischen Aussprache war der in der „Politischen Wochenschrift“ veröffentlichte Aufsatz „Monarchismus“ des Abgeordneten Lambach sowie die Neuwahl des Fraktionsvorstandes. In der Angelegenheit Lambach wurde folgende Entschlieung angenommen: Die deutschnationale Reichstagsfraktion behandelte in der heutigen Sitzung u. a. den Artikel „Monarchismus“, den der Abg. Lambach in der „Politischen Wochenschrift“ veröffentlicht hat. Es lag eine Erklärung des Abg. Lambach vor, wonach er mit seinem Artikel die Absicht verfolgt habe, als überzeugter Monarchist und in vollem Einklang mit dem deutschnationalen Parteiprogramm die Werbung für den deutschnationalen Gedanken zu fördern. Die Fraktion ist der Ueberzeugung, daß der fragliche Artikel für diesen Zweck ungeeignet ist und mißbilligt ihn nach Form und Inhalt.

Das Ergebnis der Wahl des Fraktionsvorstandes war folgendes: Zum Vorsitzenden der Fraktion wurde Graf Westarp wieder gewählt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden die Abgeordneten Dr. Oberjöhren und von Bindeleben-Wildau gewählt. Zur Föhrung der inneren Geschäfte der Fraktion wurde wie bisher Geheimrat Schulz-Bromberg bestimmt. Graf Westarp und die Stellvertreter nahmen die Wahl unter lebhaften Beifall an.

Der Fall Lambach.

Berlin, 2. Juli. In der Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion wurde nach längerer Aussprache mit großer Mehrheit eine Entschlieung angenommen, die die Form der Veröffentlichung des Abgeordneten Lambach über Monarchie und Republik mißbilligt und den monarchistischen Charakter der Deutschnationalen Volkspartei betont, ohne daß jedoch in der Veröffentlichung ein Aulach gesehen wird, die Fraktionsgemeinschaft mit dem Abgeordneten Lambach, der sich persönlich zum Monarchismus bekennt, zu lösen. In deutschnationalen Kreisen wird, wie das Nachrichtenbureau des B.D. hört, angenommen, daß mit diesem Fraktionsbeschlusse die Ausschlußanträge gegen Lambach erledigt sind und die Parteimitglieder sich nicht mehr mit der Angelegenheit zu befassen brauchen.

Entthüllung eines Ebert-Denkmales.

Berlin, 2. Juli. In Bad Frankenhausen wurde unter starker Beteiligung der Bevölkerung ein von der Ortsgruppe des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gesetztes Denkmal des verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert feierlich enthüllt. Reichstagspräsident Dr. Brüning hielt die Rede.

ue
teuer:
LER
HEI A
SS
au.
sen.
nk
subi-
Maße
und
schäft
en
öpfe
m. h. S.
Rath).
zug
aupt-
August
trab
Ber-
Ver-
wart
chagen,
trib.
land-
stelle.